

*Im Interesse der besseren Lesbarkeit wurde das Originaltranskript redaktionell bearbeitet, der Duktus der gesprochenen Sprache aber beibehalten.*

**Andreas Wirsching:** Herzlich willkommen und guten Abend, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich freue mich sehr, Sie zu dem heutigen *Podium Zeitgeschichte* der *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* begrüßen zu können – mit dem doch sehr aktuellen und uns in vielerlei Hinsicht bewegenden Titel: „Rechtspopulismus in westlichen Demokratien“. Wenn wir über den deutschen Tellerrand hinaussehen, müssen wir ja offenkundig feststellen, dass der sogenannte Rechtspopulismus eine europäische Parteienfamilie geworden ist, die sich nun doch etabliert hat. Wie wir wissen, begann dieses Phänomen in Österreich und Frankreich, worüber wir noch sprechen werden. Auch in Italien gab es bereits mit der früheren *Lega Nord* erste Formen. Das liegt alles weit zurück, und in den letzten Jahren hat sich etwas abgespielt, das in großem Maße für ein dauerhaftes zeithistorisches Phänomen spricht, das unsere Gegenwart stark beschäftigt. Und das ist der Grund, warum die Redaktion und die Herausgeber der *Vierteljahrshefte* dieses Thema für ein Podium gewählt haben.

Normalerweise, das möchte ich nicht versäumen zu sagen, hätte an dieser Stelle Jürgen Zarusky stehen sollen, der damals als Chefredakteur der *Vierteljahrshefte* zusammen mit Thomas Schlemmer dieses Format initiiert hat. Sie finden in den *Vierteljahrsheften*, wo unser Podium bereits mit den Statements der Diskutanten abgedruckt ist, auch einen Nachruf auf ihn und an dem heutigen Abend denken wir auch einmal mehr an ihn. Er ist, wie Sie alle wahrscheinlich wissen, binnen kürzester Zeit sehr unerwartet verstorben. Er fehlt uns nach wie vor sehr in unserem Institut.

Das Format unseres Podiums ist so, dass wir von den Diskutanten ein Statement von ungefähr acht Minuten bekommen. Dann werden wir auf dem Podium ein bis zwei Runden machen, um Ihnen Gelegenheit zu geben, Fragen oder Beiträge einzuspeisen, über die wir dann auch erneut mit dem Podium diskutieren können. Ob jetzt dieses Podium unter einem absolut guten Stern steht, wird sich noch herausstellen. Das können Sie hinterher beurteilen. Wir haben nämlich einige Absagen bekommen. Zunächst möchte ich sagen, dass die auch in den *Vierteljahrsheften* vertretene Autorin Ronja Kempin, die über Frankreich geschrieben hat, von vornherein abgesagt hat. Deswegen haben wir langfristig Vorsorge getroffen, und ich freue mich, dass Stefan Grüner, den Sie ganz rechts auf dem Podium sehen, ein ausgewiesener Frankreich-Kenner, den Part über Frankreich übernehmen wird. Ich werde ihn Ihnen gleich noch vorstellen. Dann hat uns wenige Minuten vor 18 Uhr eine weitere Absage von André Krause erreicht, der über die Niederlande sprechen sollte. Und schon einige Zeit davor haben wir eine Absage aus privaten Gründen von Karin Priester bekommen und mussten mittel- bis langfristig entsprechend planen. Deswegen sehen Sie hier auf dem Podium – inklusive meiner Selbst – einen Münchner Kern.

Ich würde Ihnen gerne die Teilnehmer kurz vorstellen. Ich beginne mit Professor Ursula Prutsch. Sie ist hier in München Professorin am Amerika-Institut der Ludwig-Maximilians-Universität. Eine Besonderheit ist, dass sie hier sowohl die US-amerikanische wie auch die lateinamerikanische Geschichte mit einem Schwerpunkt auf Brasilien vertritt und unterrichtet. Promoviert hat sie an der Universität Graz mit einer Arbeit zur Auswanderung von Österreichern nach Brasilien in der Zwischenkriegszeit – da sehen Sie bereits diese geografische Orientierung. Die Habilitation erfolgte dann mit einer 2008 erschienenen Arbeit über „Creating Good Neighbors? Die Kultur- und Wirtschaftspolitik der USA in Lateinamerika“. Daran sehen Sie, dass Frau Prutsch eine Brückenbauerin

zwischen den beiden amerikanischen Subkontinenten ist, was relativ selten ist. Wie Sie wissen, gibt es normalerweise entweder eine Spezialisierung auf Lateinamerika oder auf die USA beziehungsweise Nordamerika. Frau Prutsch verbindet beides. In weiteren Arbeiten hat sie das eindrucksvoll unter Beweis gestellt. Sie hat eine Biografie über Eva Perón, über Leben und Sterben einer Legende, publiziert, die 2015 erschienen ist. Damit ist auch Argentinien in ihr Blickfeld gerückt. Jetzt ist ganz neu im Jahr 2019 ein Buch von ihr über Populismus in den USA und in Lateinamerika erschienen.

Frau Prutsch hat gegenwärtig ein Forschungsprojekt über urbane Ethiken. Das ist eine DFG-Forschergruppe in München. Dort arbeitet sie über Transformationsprozesse in der Hafenzone Rio de Janeiro. Sie sehen, wir haben es hier mit einer breit ausgewiesenen, umfassenden Amerika-Expertin zu tun, und wir sind sehr gespannt auf ihre Interventionen.

Rechts von ihr sitzt Stefan Grüner, der vielen von Ihnen sicher bekannt ist. Er ist Mitarbeiter des Instituts für Zeitgeschichte und hat Geschichte, Germanistik und französische Literatur in Regensburg und in Paris studiert. Er hat promoviert mit einer Arbeit über Paul Reynaud, die 2001 erschienen ist. Der Untertitel seiner Dissertation lautet: „Biografische Studien zum Liberalismus in Frankreich“. Daraufhin hat er mit einem Band über Frankreich „Daten, Fakten, Dokumente“ wichtige Grundlagen gelegt und sich in einem weiteren Schwerpunkt der bayerischen Strukturpolitik als Beispiel für eine komplexe regionale Strukturentwicklung gewidmet. Daraus ist eine Habilitationsschrift an der Universität Augsburg hervorgegangen mit dem Titel: „Geplantes Wirtschaftswunder? Industrie und Strukturpolitik in Bayern 1945-1973“, die 2009 erschienen ist. Er hat diese beiden Schwerpunkte in vielerlei Hinsicht weiterverfolgt, ausgebaut und in jüngerer Zeit mit einem dritten Themenbereich zur Geschichte der Kindheit, oder besser gesagt, zur Geschichte der Kinder

erweitert: zum einen mit dem Sammelband „Kinder und Krieg. Von der Antike bis in die Gegenwart“, einem Beiheft der Historischen Zeitschrift von 2016, und zum anderen mit einem Band über „Zucht und Ordnung. Gewalt gegen Kinder in historischer Perspektive“, der in den nächsten Wochen erscheinen wird. Auch Stefan Grüner ist, wie Sie sehen, thematisch breit ausgewiesen, und heute Abend sitzt er vor allem als Experte für die Geschichte und die Gegenwart Frankreichs hier.

Last, but not least Thomas Schlemmer: Thomas Schlemmer ist Mitarbeiter des Instituts für Zeitgeschichte und gegenwärtig geschäftsführender Chefredakteur der *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*. Er hat in München neueste Geschichte, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte sowie Politikwissenschaft studiert und ist schon sehr lange am Institut beschäftigt – mit einer Unterbrechung am deutsch-historischen Institut in Rom – seit 1993. Damit sage ich auch schon, dass er mit diesem langjährigen Aufenthalt am DHI Rom zu einem eminenten Italien-Experten geworden ist. Er hat das mit mehreren Publikationen unterlegt, insbesondere auch zum italienischen Faschismus, über den er wichtige Arbeiten vorgelegt hat. Er hat dann vor allem über Italien im Zweiten Weltkrieg, auch die italienischen Truppen im Zweiten Weltkrieg geschrieben, etwa über die italienische Kampagne in der Sowjetunion 1941–1943. Dabei hat er zusammen mit Gian-Enrico Rusconi, ein alter Freund unseres Hauses, und Hans Woller, der unter uns weilt, den wichtigen Sammelband „Schleichende Entfremdung? Deutschland und Italien nach dem Fall der Mauer“ publiziert. Diese schleichende Entfremdung zwischen Deutschland und Italien ist möglicherweise ein Thema, das uns heute auch noch beschäftigen wird. Das verbindet Thomas Schlemmer in hochinteressanter Weise mit seiner überragenden Bayern-Expertise. Er hat über die Geschichte der CSU promoviert und sich mit einem Buch, das 2009 erschienen ist, hier an der Universität München habilitiert, mit dem Titel:

„Industriemoderne in der Provinz“. Darin geht es um die Region Ingolstadt zwischen Neubeginn, Boom und Krise 1945 bis 1975. Ich danke allen dreien, dass sie die Stellung halten und wie gesagt: Ob das jetzt ein glücklicher oder weniger glücklicher Stern ist, unter dem diese Veranstaltung steht, werden Sie am Ende selber entscheiden können.

Dann würde ich sagen, fangen wir jetzt an. Wir haben folgende Reihenfolge vereinbart, dass Frau Prutsch mit dem Beispiel der USA beginnen wird. Dann wird Herr Grüner über den *Rassemblement National* sprechen, der nicht mehr *Front National* heißt, bevor dann Thomas Schlemmer über Italien reden wird. Wir sprechen nicht explizit über die AfD und Deutschland, aber ich bin ziemlich sicher, dass wir den deutschen Fall gleichsam international einkreisen und dann auch über Deutschland reden werden. Aber das überlassen wir der Diskussion. Dann würde ich Frau Prutsch bitten, das Wort zu übernehmen.

**Ursula Prutsch:** Vielen Dank für die einleitenden Worte. Ich werde heute nicht über Brasilien oder Jair Bolsonaro reden, sondern mich auf Donald Trump fokussieren und die acht bis maximal zehn Minuten ihm und seinem Rechtspopulismus widmen. Ich habe die These aufgestellt, dass die Administration von Donald Trump den Rechtspopulismus in den USA auf einer föderalen Ebene erstmals salonfähig gemacht hat. Die Gründe für die Wahl von Donald Trump liegen zum einen in der Finanzkrise von 2008, die eine seit den 1980er Jahren politisch geförderte soziale Ungleichheit in den USA noch weiter verschärfte. Zum anderen ist sie die Reaktion einer Mehrheit weißer Wählerinnen und Wähler auf den ersten afro-amerikanischen Präsidenten in der Geschichte der USA. Die Präsidentschaft Barack Obamas verstand gerade der zum Teil gefährdete weiße Mittelstand in den Südstaaten und im ehemaligen *Rust Belt* als Zerstörung einer nach seinem Verständnis natürlichen, ethnischen und

hierarchischen Ordnung, die jahrhundertlang Bestand hatte. Diese Frustrationen haben sich vor allem in dieser rechtspopulistischen *Tea-Party*-Bewegung kanalisiert, die 2007/2008 dann entstanden ist als der rechte Flügel der *Grand Old Party*, der Republikanischen Partei, und dort ist auch ein wesentlicher Teil des Wählerpotenzials von Donald Trump zu finden. In einer insgesamt politisch nach rechts gerückten Gemengelage symbolisiert der Milliardär Trump die revolutionäre Rückkehr zum *American Dream*. Das heißt, es ist ein restaurativer Populismus, und er verkörpert für mich zentrale Facetten US-amerikanischer Gründungsmythen: den Kult des Individualismus, der individuellen Selbstbestimmung, der Selbsthilfe und damit verbunden die Anerkennung für individuelle Leistungen. Dazu kommt die Vorstellung, der Traum vom individuellen Aufstieg durch Leistung sei, so meinen die Anhänger Trumps, vom paternalistischen Wohlfahrtsstaat made in Washington D.C. zerstört worden, der noch dazu die Falschen bevorzugt habe.

Trump verkörpert, wenn man sich weiter diese Gründungsmythen überlegt, die Wiederherstellung nationaler Selbstbestimmung der USA gegen ökonomische und politische Einflussnahmen von außen. In der Rhetorik Trumps wären das all jene, die die USA quasi „übers Ohr hauen“. Durch Trumps Politik der Militarisierung von Grenzen und der Errichtung von Mauern firmiert er als Westernheld einer *City upon a Hill*. Diese Identität wird von Trump vor der „Invasion feindlicher Mächte“ oder „gefährlicher Immigranten“ geschützt. Trump verkörpert den *Sales Man Uncle Sam*, der *Business* als Politik versteht und umgekehrt. Dann ist er der Entertainer in der Tradition der *Minstrel Shows*, der Schauspieler, die sich im 19. Jahrhundert die Gesichter schwärzten, um sich über Afroamerikaner, über Schwache lustig zu machen, also diejenigen, die er in seinem Narzissmus auch geringschätzt und zu Sündenböcken erklärt. Und schließlich ist er der *Common Man*, der Mann, der so tut, als sei er aus dem

Hinterland, aus den amerikanischen *Heartlands* und somit der Star des *Anti-Establishment*. Durch seine Lebensgeschichte, durch sein Verhalten verkörpert er Freiheit in all ihren Facetten. Damit schützt er auch die Freiheit jener, die diese in seinen Augen verdienen, und steht stellvertretend für die Wünsche nach Freiheit, nach Selbstbestimmung und Würde.

Der gegenwärtige Rechtspopulismus der USA fügt sich in eine globale Konjunktur des Rechtsrucks ein, der das Resultat neoliberaler Politiken ist, nicht aufgearbeiteter Diktaturen und gescheiterter, progressiver Linkspopulismen. Damit denke ich jetzt gezielt an Lateinamerika. Donald Trump würde sich selbst vermutlich nicht als Populisten bezeichnen. Aber er nennt klare historische Bezüge, indem er sich zum Beispiel mit dem ersten Populisten der USA vergleicht, mit Andrew Jackson, der 1829 Präsident wurde. Er sieht Andrew Jackson auch als eine Art von Übervater, deshalb hat Trump das Jacksons Porträt auch gleich im *Oval Office* aufhängen lassen. Verbindungen zu anderen Rechtspopulisten werden gepflegt, gegenüber solchen in Europa und jüngst wieder gegenüber Brasilien unter Jair Bolsonaro. Auch Steve Bannon, der jetzt ein wenig in den Hintergrund gerückt ist, versucht für seinen Kulturkrieg, seine Bewegung *The Movement* hier global Partner zu finden. Von der Lateinamerikanistik kommend und mich auch dort noch bewegend sehe ich jetzt ganz provokant in der Trumpschen Politik eine weiter fortschreitende Lateinamerikanisierung der USA. Das heißt, durch das Auseinanderdriften der Einkommensschere, zunehmende Armut, zunehmende Kindersterblichkeit, Drogenabhängigkeit, durch das Aushöhlen der Gewaltenteilung, durch den immer geringeren Anteil unabhängiger kritischer Medien an der Medienlandschaft, durch Telenovelas, Sport und Crimes statt komplexer Information, durch billigen Konsumismus statt emanzipatorischer Bildungspolitik und mit der Familie Trump und ihren Freunden hielt auch eine neue und

intensivierte Form des Personalismus und der Kleptokratie Einzug ins Weiße Haus, vor allem durch die enge Verbindung zwischen Business und Politik. In den USA setzten sich eben seit 1829, seit dem Beginn der Amtszeit von Andrew Jackson, immer wieder populistische Politiker durch. Donald Trump ist also nicht der erste, man denke an die *People's Party*, die ihren Populismus im Namen geführt hat und in den 1890er Jahren in den USA entstand. Doch angesichts der langen demokratischen Tradition der USA und angesichts des Endes der Apartheid in den USA sind folgende Charakteristika alarmierend und teilweise neu: Das ist zum einen der offene Anti-Intellektualismus. Dann sind es die polarisierende Sprache der Spaltung, das systematische Desinteresse an Wahrheiten, die rassistische Kultivierung des weißen Amerika und der Entzug von Subventionen gegenüber analytisch-kritischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern in der Innen- wie in der Außenpolitik. Das trifft also nicht nur auf Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie Expertinnen und Experten im Inland zu, sondern auch auf Institutionen im Ausland und das auf einem Niveau, das selbst im Kalten Krieg nicht denkbar gewesen wäre.

Unter Senator Joseph McCarthy wurden freilich all jene zensiert und überwacht, die die Administration für kommunistisch oder kommunistenfreundlich hielt. Neu ist unter Trump, dass sich die aktuelle Wissenschaftspolitik der USA gegen jene richtet, die die Person des Präsidenten kritisieren, und damit meine ich, dass die US-Botschaften in Zeiten von Donald Trump zum Beispiel in die Vortrags- und die Konferenzprogramme amerikanistischer Vereinigungen hineinregieren und Subventionskürzungen androhen, wenn Beiträge den Präsidenten und die Demokratie in einem kritischen Licht erscheinen lassen. Und das halte ich für äußerst bedenklich. Insgesamt ist die Regierung Trump für mich kein Betriebsunfall in der US-amerikanischen Geschichte, sondern der vorläufige Endpunkt eines entsolidarisierenden Wirtschaftsliberalismus, der



wohlfahrtsstaatliche Netzwerke zerrissen und damit Vakua geschaffen hat, die wiederum durch religiöse Gemeinschaften, und hier vor allem evangelikale, ersetzt werden. Gerade das Zusammenspiel politisierter Evangelikaler und rechtspopulistischer Politiker drückt sich in der Sprache und im Weltverständnis aus, also im permanenten biblischen Kampf des Guten gegen das Böse, auch zum Teil in einem ziemlich beängstigenden Fatalismus, dem Erwarten eines Messias und schließlich im Sieg des Irrationalen gegen das Aufklärerische.

**Andreas Wirsching:** Vielen Dank an Frau Prutsch. Dann würde ich sagen, machen wir gleich den Sprung über den großen Teich nach Frankreich.

**Stefan Grüner:** Es ist in der Tat sehr schade, dass Ronja Kempin, die Autorin des Textes zu Frankreich, heute nicht hier sein kann. Und das gilt umso mehr, meine ich, als die jüngsten politischen Ereignisse in unserem Nachbarland ihre Einschätzungen auf ziemlich beeindruckende Weise untermauert haben. Sie erinnern sich: Bei den Europawahlen in Frankreich im vergangenen Mai erreichte das Rassemblement National unter Marine Le Pen den höchsten Anteil der abgegebenen Stimmen, über 23 Prozent. Für französische Beobachter ist das auf der Ebene der Europawahlen bereits ein gewohnter Anblick. Schon im Jahr 2014 hat die Partei, die damals noch Front National hieß, geradezu grundstürzende Stimmenzuwächse auf dieser Ebene verbuchen können und war in Frankreich bereits zur stärksten Kraft geworden. Für den französischen Staatspräsidenten Manuel Macron bedeutete das Europa-Wahlergebnis von 2019 nach zwei Jahren Amtszeit eine deutliche Niederlage. Das Rennen um die Präsidentschaft 2017 hat er gewonnen. Auf Europa-Ebene hat er dieses Duell knapp verloren. Bemerkenswert dabei ist vor allem, dass die Ergebnisse der beiden Kandidaten im Jahr 2019 bei den Europawahlen etwa in der Größenordnung lagen, die im ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen von 2017 zu beobachten waren. Das heißt, wir bewegen uns seit einigen Jahren in einer Größenordnung zwischen

21 und 24 Prozent der abgegebenen Stimmen, die für den Zugang zur Macht (vor-)entscheidend werden können.

Ronja Kempin hat in ihrem Beitrag die jüngere Entwicklung der rechtsextremen Partei um Marine Le Pen dargestellt. Sie zeigt, wie es um die intellektuelle, um die personelle Signatur dieser Partei steht, insbesondere seit Marine, die Tochter von Jean-Marie Le Pen, die Führungsrolle übernommen hat. Das war im Jahr 2011 der Fall. Frau Kempin erkundet die Rahmenbedingungen und die gesellschaftlichen Ursachen, die vermutlich maßgeblich für den Erfolg dieser Gruppierung waren. Ich empfehle natürlich diesen anregenden Text Ihrer Lektüre.

Mein Kommentar heute Abend, den ich stellvertretend für Frau Kempin hier vortrage, geht von ihren Analysen aus. Er stützt sich auf sie und möchte doch zugleich einige ergänzende Überlegungen aus der Sicht des Historikers einbringen. Die Zeit ist knapp. Daher konzentriere ich mich auf einen Leitaspekt, der vieles zu betrachten erlaubt: die Frage nach Kontinuität und Wandel. Oder genauer die Frage nach der echten oder der vermeintlichen Transformation einer rechtsextremen Partei, und zwar hin zu einer Gruppierung, die heute die Mehrheit der Beobachter als rechtspopulistisch einstuft. Was verbirgt sich dahinter und was können eine Politologin und ein Historiker dazu sagen? Zunächst zeigt uns der Blick in die Geschichte: Selbst im Land der Französischen Revolution von 1789 war und ist immer auch Raum für rechtsextreme Gruppierungen. Das gilt nicht zuletzt für die Zeit nach 1945, und die Geschichte des Front National belegt das. 1972 gegründet, hat sich die Partei personell und inhaltlich schon damals in existierende Traditionslinien gerückt, allerdings zunächst ohne große Resonanz. Erst in den frühen 1980er Jahren stellten sich Wahlerfolge auf regionaler Ebene und dann bei den Europawahlen ein – und das war kein Zufall.

Sein politisches Profil hat der *Front National* in dieser frühen Phase in hohem Maße aus einer sehr aggressiv vorgetragenen Anti-Immigrationspolitik geschöpft. Dahinter stand und steht ein autoritärer Nationalismus, der sich in wesentlichen Zügen als Gegenentwurf gegen die Wertentscheidungen der Revolution von 1789 versteht. Der Begriff des Front National von der französischen Nation hat zwei Ebenen. Er rekurriert bewusst auf die christlich-katholischen Wurzeln Frankreichs einerseits und rückt andererseits die Vorstellung von der Nation als „Abstammungsgemeinschaft“ in den Vordergrund – mit all den Konsequenzen, die diese Idee für das Staatsangehörigkeitsrecht und für die Immigrationspolitik hat. Leitbegriffe wie Autorität, Ordnung, auch „Volk“ prägten unter Jean-Marie Le Pen das politische Weltbild der Partei. Dazu gehörte ebenso die Vorstellung, wonach organisch gewachsenen Formen von Vergesellschaftung besonderer Vorzug zu gewähren sei (etwa der Familie), während umgekehrt „künstliche“ Formen von Vergesellschaftung in ihrer Rolle beschränkt werden müssten, wie etwa Parteien oder supranationale Zusammenschlüsse. Die Verteidigung des sogenannten „kleinen Mannes“ gegen die Zumutungen seitens „dekadenter“ Eliten im eigenen Land oder in der EU gehörte fest zum argumentativen Repertoire. Darüber hinaus hat Jean-Marie Le Pen in der politischen Auseinandersetzung immer wieder und immer sehr gezielt auf provozierende rassistische, antisemitische Parolen zurückgegriffen. Vielleicht erinnert sich die ältere Generation noch an sein Wort von den Gaskammern in Auschwitz als einem „Detail“ des Zweiten Weltkriegs. Das Zitat kommt uns heute ein wenig bekannt vor aus dem deutschen Zusammenhang. Es ist ein besonders bestürzendes Beispiel für Le Pens provozierende Interventionen.

Ronja Kempin macht deutlich, wie sehr der ehemalige Front National unter der neuen Parteichefin Marine Le Pen sein Erscheinungsbild verändert hat, insbesondere mit Blick auf Personen und Programmatik. Ganz offenkundig soll

die Partei unter ihrer Ägide von einer Protest- und Außenseiterpartei zu einer Art moderner Volkspartei werden – einer Volkspartei des extrem rechten Spektrums. Und folgt man den jüngsten Umfragen, dann zeigen sich auch bereits im Sinne der Partei positive wahlpolitische Effekte. Bekannte Holocaust-Leugner wurden aus der Partei gedrängt, und mit dem Ausschluss von Jean-Marie Le Pen im August 2015 hat die Neugestaltung mittlerweile sogar das Niveau eines Familienzwists im Hause Le Pen erreicht. Am anderen Ende der Alterspyramide rückten in jüngster Zeit dann auch sehr junge Funktionäre in den Vordergrund. Ich nenne nur ein Beispiel: den 23-jährigen Jordan Bardella, Sohn italienischer Einwanderer, aufgewachsen in der Pariser *Banlieue* unter einfachen Verhältnissen, erfolgreicher Spitzenkandidat für die Europawahlen von 2019.

Bei den programmatischen Inhalten ging Marine Le Pen in ostentativer Weise auf Distanz zu antisemitischen, rassistischen Äußerungen ihres Vaters und seines Umfelds. Stattdessen zeigt sie sich den Werten der französischen Republik verpflichtet, versucht verstärkt, neue Themenfelder zu besetzen, vor allem die Wirtschafts- und Sozialpolitik, oft freilich mit eher rudimentärer Sachkenntnis. Alles in allem präsentiert sich heute eine Partei in neuen Kleidern. Die „klassische“, ethnisch konzipierte Fremdenfeindlichkeit zeigt sich heute verstärkt im Gewand der Islamkritik. Das Prinzip der Laizität soll nach den Vorstellungen des Rassemblement nicht mehr wie unter Le Pen Vater aufgeweicht, sondern im Gegenteil gekräftigt und gegen den Islam in Stellung gebracht werden. Die Kritik an der Europäischen Union und an den Begleiterscheinungen der Globalisierung bleibt nicht mehr steril und theoretisch, sondern sie mündet in Konzepten für regionale Strukturverbesserungen oder in Programme zur flächendeckenden Stärkung des öffentlichen Dienstes im eigenen Land.

Das neue Konzept kommt an. Zwar ist die Masse der Anhänger immer noch unter 50 Jahre alt, oft prekär beschäftigt oder arbeitslos. Vielfach finden sich hier

jene Personenkreise, die sich angesichts des sozialökonomischen Wandels dem sozialen Abstieg ausgesetzt sehen oder zumindest glauben, es künftig zu sein. Hier finden sich auch verstärkt jene, die angesichts der „zunehmenden Sichtbarkeit des Islam“ nach physischer Sicherheit streben oder nach fester Identität. Aber glaubt man den Umfragen, dann hat sich der Kreis der Zustimmenden in den letzten Jahren erweitert, und zwar sogar hinein in die Mittelschicht. Zuwächse sind in sozialer Hinsicht auch in den Kreisen der Industriearbeiterschaft, im katholischen Milieu und räumlich vor allem in den Vorstädten zu verzeichnen, dieser Zone zwischen Land und Stadt, wo die Zunahme der Wählerstimmen für das *Rassemblement National* besonders hoch ausfiel.

Ich komme zum Fazit. Zum Thema Kontinuität und Wandel möchte ich zweierlei in den Vordergrund rücken und zur Debatte stellen. Erstens scheint es mir wichtig, Linien der Kontinuität zu betonen, die sich zwischen Alt und Neu aufzeigen lassen und die sich durch das nunmehr rechtspopulistisch gefärbte Gewand der Partei hindurch weiterhin abzeichnen. Ich nenne den anti-elitären Affekt in Kombination mit dem überkommenen anti-egalitären Denken: Die Kritik an den Eliten des demokratischen Staats verknüpft sich weiterhin ungebrochen mit einer ganz bestimmten Vorstellung von Gemeinschaft. Mit Gemeinschaft, in der das Ausgrenzen von vermeintlich nicht Dazugehörigen oder Missliebigen als völlig normal begriffen und wie selbstverständlich eingefordert wird. Antiliberales, antipluralistisches Denken bestimmt den Parteidiskurs, und daran hat sich wenig geändert. Wenig geändert hat sich nach meiner Beobachtung auch an der Hochschätzung des Prinzips charismatisch gedachter Führung. Die oft mühsam in Kompromisse einmündenden Entscheidungsprozesse in der Demokratie schätzt man gering, stellt ihnen eine vermeintlich bessere Alternative entgegen. Ich meine daher, dass wir es in diesem Wandlungsprozess, zweitens, eher mit einem

Strategiewechsel als mit einem Gestaltwandel der Partei zu tun haben. Der Strategieschwenk hat ganz bestimmte inhaltliche Komponenten und passt sich an neue Bedürfnislagen in der Wählerschaft an. Im Kern geht es damit auch darum, anschlussfähig an den republikanischen Diskurs in Frankreich zu werden. Ich kann gerne in der Diskussion näher eingehen auf dieses Phänomen, das uns Deutschen ziemlich fremd erscheint. Es geht für Marine Le Pen darum, koalitionsfähig zu werden und Barrieren zu überwinden, die insbesondere das französische Mehrheitswahlrecht einer *Marine Présidente* immer noch entgegenstellt. Beides zusammengenommen, die Linien der Kontinuität und die raffiniertere Strategie, scheinen mir einen Befund zu zeigen, der uns immer wieder aufmerksam in unser westliches Nachbarland blicken lassen sollte.

**Andreas Wirsching:** Ganz herzlichen Dank. Und dann gehen wir jetzt etwas nach Süden, nach Italien. Thomas Schlemmer.

**Thomas Schlemmer:** Meine Damen und Herren, es ist paradox. Wir glauben, Italien zu kennen, schließlich sind wir ja oft genug im Urlaub dort oder essen zumindest einmal in der Woche beim Italiener um die Ecke. Aber jenseits von Lido und Lebensgefühl ist uns Italien scheinbar so fremd, dass jedes Jahr mindestens ein Buch erscheinen muss, das uns unser Lieblingsnachbarland erklärt. Das neueste dazu stammt von Roberto Saviano und Giovanni di Lorenzo: „Erklär mir Italien. Wie kann man ein Land lieben, das einen zur Verzweiflung treibt?“ Nun, diese Erklärungen bleiben meistens vergeblich, denn sonst würde sich das nächste Buch ja nicht verkaufen, das sicher schon unterwegs ist.

Hinter dieser humoristischen Einlage verbirgt sich ein wahrer Kern, denn tatsächlich ist das Interesse an den politischen Entwicklungen in Italien bei uns sehr sprunghaft und die Kenntnisse darüber halten sich zuweilen in engen Grenzen. Das Vakuum füllen nicht selten Stereotype und Klischees. Oder um den *Spiegel* zu zitieren, der das Sommerloch gerne mit saftigen Geschichten aus dem

Süden stopft: „Das ist Italien. Bewundert und bestaunt. Vor allem aber belächelt. Ein Land der Komödianten und Blender, der liebenswerten Gauner, Trickser und ewigen Kindsköpfe. Ein wenig Roberto Benigni, ein wenig Gianna Nannini, ein wenig Armani. Es wird dieses Image vermutlich nie ablegen.“

Ich plädiere dafür, und werde das auch in diesen kurzen Ausführungen tun, Italien ernst zu nehmen als Akteur ebenso wie als politisches Laboratorium, in dem Entwicklungen bereits seit längerem sichtbar sind, die die Bundesrepublik erst mit Verzögerung erreicht haben. Zu diesen Entwicklungen gehört etwa die Transformation des Parteiensystems seit den 1990er Jahren. Und zu diesen Entwicklungen gehört der Aufstieg des Populismus. Was den Fall Italien dabei so interessant macht, ist die Tatsache, dass wir den Populismus hier nicht nur als Phänomen oppositionellen Aufbegehrens und widerständigen Protests beobachten können. Südlich der Alpen zeigt sich im Gegenteil auch das Potenzial rechtspopulistischer Parteien, Wahlen zu gewinnen, Mehrheiten zu organisieren, Regierungen zu bilden und sich an der Macht zu halten.

Seitdem Silvio Berlusconi im Mai 1994 erstmals zum Ministerpräsidenten Italiens ernannt worden ist, üben populistische Gruppierungen maßgeblichen Einfluss auf die italienische Politik aus. Inzwischen hat der Populismus in Italien sogar erfolgreich seine Führungsfiguren ausgewechselt – immer ein heikler Moment des Übergangs bei personenzentrierten Bewegungen, zu denen die meisten populistischen Parteien und Bewegungen zu zählen sind. Neben Umberto Bossi, dem *Padrone* der alten *Lega Nord*, ist mit Silvio Berlusconi auch der Mann dabei abzutreten, der einer ganzen Ära in Italien seinen Namen gegeben hat. Mit Beppe Grillo und Matteo Salvini hat der italienische Populismus dagegen neue Gesichter hervorgebracht – oder vielleicht besser ein Janusgesicht.

In Italien sehen wir also Populisten an der Macht, wobei Macht nicht mit direkter Regierungsbeteiligung gleichbedeutend sein muss. Ich vertrete in diesem

Zusammenhang die These, dass der Populismus, und hier ausdrücklich nicht nur der Rechtspopulismus, in Italien inzwischen zu einer politischen Kraft geworden ist, der als Mobilisierungsinstrument und Organisationsform über die Mitglieder der eigenen Parteifamilie hinaus stilbildend wirkt, politische Mitbewerber unter Druck setzt sowie Tonlage und Inhalte der öffentlichen Debatte wesentlich mitbestimmt. Die Frage nach dem Erfolg oder dem Scheitern rechtspopulistischer Parteien und Bewegungen lässt sich daher nur mit Blick auf Regierungsbilanzen – und die fallen oft recht mager aus – nicht angemessen beantworten. Dazu müssen gleichermaßen die Rückwirkungen auf das politische System und die politische Kultur in den Blick genommen werden – darauf komme ich noch zurück. In der mittel- und westeuropäischen Rückschau erscheint Italien damit weniger als Sonderfall und ewiges Rätsel, sondern als Vorreiter eines Trends, der mittlerweile große Teile Europas erfasst hat.

Man sollte in diesem Zusammenhang an die politischen Anfänge Silvio Berlusconi und seiner Retorten-Partei *Forza Italia* vor ziemlich genau 25 Jahren erinnern. Beide sind lange Zeit als spezifisch italienische Phänomene und nicht als Vorboten einer populistischen Welle wahrgenommen worden. Und Italien trägt schwer an ihrem Erbe. Berlusconis Spielart des Populismus, die an die bürgerliche Mitte ebenso anschlussfähig ist wie an den rechten Rand der Gesellschaft, wirkte für das politische System Italiens wie „schleichendes Gift“ – um die Journalistin Bettina Gaus von der *taz* zu zitieren. Damit bereitete Silvio Berlusconi den Boden für politische Kräfte, die erheblich unberechenbarer und radikaler sind als seine *Forza Italia*. Dass Populismus in Italien inzwischen Normalität geworden ist, hat das Land nicht zuletzt dem *Cavaliere* zu verdanken.

Sichtbar wurde diese Normalität des Populismus vor allem bei den Parlamentswahlen von 2013 und 2018, als die ohnehin fragile Parteienlandschaft in ihren Grundfesten erschüttert wurde. Mit dem *Movimento 5 Stelle* und der



*Lega Nord*, die sich in den letzten Jahren nur noch *Lega* nennt, haben zwei Gruppierungen die Wahlen gewonnen, gegen die derzeit nicht mehr zu regieren ist. Der *Movimento* mobilisierte den Protest der Zivilgesellschaft, setzte auf die Macht der sozialen Medien und schlug dabei Töne an, die nicht nur gegen die herrschende Klasse in Rom, sondern auch gegen die repräsentative Demokratie und den Pluralismus als deren politisches Grundprinzip gerichtet waren. Der *Movimento* ist keine Partei traditionellen Typs, sondern eine personenzentrierte, das Internet als Mittel der Willensbildung propagierende Bewegung, und er entzieht sich einer Verordnung auf der gängigen Rechts-/Linksskala.

Bei der *Lega* hat man dieses Problem nicht. Unter der Führung des für italienische Verhältnisse jungen, ja schon fast extrem jungen und taktisch ebenso versierten Matteo Salvini agiert die *Lega* nicht nur offen rechtspopulistisch, sondern sie lässt auch die Türen zum rechtsextremistischen Lager bewusst offen. Der Befund, die *Lega* huldige einem weichen Extremismus mit einem Hang zur Radikalisierung, hat einiges für sich. Salvini warb um die einst diffamierten Wählerinnen und Wähler im Süden, die *Terroni*. Er kanalisierte die Ängste des Mittelstands vor sozialem Abstieg, gab sich traditionell eliten- und institutionenkritisch – hier ergibt sich eine unüberschaubare Schnittmenge zum *Movimento 5 Stelle* – sowie nationalistisch und europafeindlich. Salvini verstärkte die schon immer harsche Agitation der *Lega* gegen Migranten, wobei nicht zuletzt xenophobe Islamkritik eine große Rolle spielte. Die tiefgreifende Verunsicherung durch die sogenannte Flüchtlingskrise und die Unfähigkeit der Europäischen Union, in dieser Frage tragfähige Kompromisse zu finden, haben der *Lega* ihr Geschäft erheblich erleichtert.

Doch die Politik der Angst hat schon Silvio Berlusconi in den 1990er Jahren erfolgreich praktiziert, sodass sich die Achse des politischen Diskurses bereits seit längerem nach rechts verschoben hat und der Boden für Salvini bereitet gewesen

ist. Tabubrüche, Provokationen, Vulgarität sind in italienischen Wahlkämpfen seit Jahren an der Tagesordnung, wobei zunächst als „Zigeuner“ und „Nomaden“ stigmatisierte Migranten aus Osteuropa und dann muslimische Flüchtlinge aus Nordafrika und dem Nahen Osten das Ziel der Agitation waren. Dass Salvini mit seiner kompromisslosen Flüchtlingspolitik die europäischen Partner, die Italien allzu lange alleine gelassen haben, zu Zugeständnissen gezwungen hat, trägt bei seinen Anhängern sicher nicht dazu bei, multilaterale Verhandlungen im Zeichen der Humanität als demokratisches Mittel der Wahl erscheinen zu lassen.

Die Politik der Angst ist aber nur die eine Seite der Medaille. Daneben steht die Politik der Verheißung, die eine glänzende Zukunft für Italien verspricht, wenn es sich nur aus supranationalen Bindungen löst und die eigenen Interessen – was auch immer diese Interessen sind – in den Mittelpunkt der Politik stellt. Man könnte diese Politik der Verheißung in Anlehnung an Donald Trump auf den Punkt bringen: „Make Italy great again“. Damit ist aber aus dem zumeist verlässlichen Partner auf der europäischen Bühne – Italien gehört ja immerhin zu den Mitbegründern der Europäischen Union – ein ziemlich unsicherer Kantonist geworden.

Man muss nicht so weit gehen wie der zornige Schriftsteller Roberto Saviano, der 2017 in dem anfangs erwähnten Buch erklärt hat: „Das wirklich Tragische“ sei, „dass es in Italien inzwischen keine politische Kraft mehr“ gebe, „die nicht eine gefährliche Mischung aus Utopie, Populismus und Demokratiefeindlichkeit um sich verbreiten würde“. Es ist aber ebenso bemerkenswert wie bedenklich, hier eine Entwicklung zu sehen, die zu einem Vakuum in der politischen Mitte geführt, stabile Präsenz populistischer Kräfte begünstigt und letztlich die Bildung einer Regierung neuen Typs ermöglicht hat, in der Populisten antagonistischer Couleur und Technokraten den Ton angeben.

**Andreas Wirsching:** Ganz herzlichen Dank an die drei Redner, die uns jeweils aus dieser nationalen Perspektive ziemlich viele Beispiele und Analysekatoren vorgeführt haben, die wir mit dem Thema verbinden können. Wenn ich ganz kurz ein paar Vorschläge machen darf: Wir können über Ursachen sprechen, wir können über Folgen und gegenwärtige Auswirkungen des Populismus sprechen, aber wir können auch über die Zukunft des Populismus und die von ihm geprägten politischen Kulturen in den westlichen Demokratien sprechen. Wir haben gehört, dass es Mischungen aus ökonomischen und ideologischen Ursachen gibt.

Frau Prutsch hatte darauf hingewiesen, dass es gescheiterte Linkspopulismen in Lateinamerika gibt, dass es aber auch eine Welle des Neoliberalismus gegeben hat. Das finde ich ein interessantes und besonders wichtiges Thema. Wir haben die Rolle charismatischer Führer angesprochen, wobei heute wahrscheinlich niemand mehr sagen würde, dass das eben irgendwie charismatische Führer seien, die das erzeugt haben. Es ist wohl doch sehr viel stärker der Fall, dass diese Personen gewissermaßen auf einer Welle schwimmen und dann eine Strecke weit davon hochgetragen werden.

Man müsste vielleicht noch – das ist ein Stichwort, das ich in die Runde geben will – stärker über tiefergehende ökonomische Ursachen reden. Meines Erachtens spielt dabei der Prozess der Deindustrialisierung eine entscheidende Rolle. Wenn man sich den mit Angst besetzten Diskurs in Amerika über die Entindustrialisierung um 1980 anschaut, dann sieht man sehr deutliche Kontinuitäten in die heutige Zeit. Das Gleiche gilt mutatis mutandis eben auch für andere Länder wie etwa Frankreich, Großbritannien, aber auch Deutschland, wenn Sie etwa an die ostdeutschen Länder denken.

Also über die Ursachen sollte man bestimmt etwas ausführlicher sprechen. Auch hier möchte ich nochmals wichtige Stichworte aufgreifen: Was bewirkt eine

Veränderung der politischen Kultur, eine neue Form des Agenda Settings? Das ist glaube ich ein ganz wichtiger Punkt im Sinne dieser Freund-Feind-Dichotomien oder der Vorstellungen von einer Gemeinschaft, die eben exklusiv-ausschließend gegenüber anderen agiert. Auch spielt das Thema Flüchtlingsdebatte und Immigration hier eine wichtige Rolle.

Was aber alle drei Redner betont haben ist eine Transformation des Parteiensystems. Ob Italien möglicherweise Vorreiter einer solchen Transformation war und ist, sei mal dahingestellt – aber man kann die These diskutieren. Diese Entwicklung ist mit einer Krise des Repräsentationsprinzips verbunden. Ich spreche bewusst nicht von einer Krise der Demokratie, da das ein ziemlich großer Begriff ist, der dann auch wenig aussagekräftig ist, dann alle diese Bewegungen verstehen sich als demokratisch, aber es ist eine Krise des Vertrauens in die Repräsentation und in die Repräsentationsfähigkeit der politischen Elite und Abgeordneten, ja in den Parlamentarismus insgesamt.

Und die dritte Frage wäre: Was passiert in der Zukunft? Einen ganz besonders wichtigen Aspekt hat Stefan Grüner im Hinblick auf die Einschätzung des *Front National* beziehungsweise *Rassemblement National* angedeutet. Ist das jetzt eine Kontinuität radikaler, zum Extremismus neigender Phänomene, oder gibt es möglicherweise doch eine Transformation hin zu einer gemäßigteren Gruppe? Seine These war eindeutig: Es geht eher in die erste Richtung, da man mehr die Taktik und Strategie betont. Man kann gewissermaßen sogar von einer Banalisierung des *Front National* sprechen, wie das Ronja Kempin formuliert hat. Oder müssen wir damit rechnen, dass es statt einer Entradikalisierung vielleicht doch sogar einen stärkeren Drift nach rechts gibt?

Das sind Fragen, mit denen sich gegenwärtig die Presse beschäftigt – auch in Bezug auf die AfD. Bei ihr ist die Frage ganz offen im Vorfeld der ostdeutschen Wahlen gestellt worden. Wohin geht die AfD? Ist das eine Höcke-, eine Gauland-

oder eine Weidel-AfD? Da haben Sie im Grunde die gleiche Frage und damit verbunden natürlich auch die Frage, wie viele Wählerinnen und Wähler diese Parteien damit erreichen können und inwieweit denn tatsächlich die Wählermacht in der Lage ist, das Parteiensystem vollständig zu transformieren?

Also nochmal ganz herzlichen Dank! Das sind viele Stichworte, und ich würde jetzt einfach mal vorschlagen, in entgegengesetzter Reihenfolge vorzugehen, so dass Thomas Schlemmer den einen oder anderen Aspekt nochmal aufnimmt. Vielleicht reden wir zunächst doch noch über Ursachen, die mir zwar nicht zu kurz kamen, aber ich glaube, dass bei den drei Papieren diese Ebene am wenigsten diskutiert worden ist. Wie sieht es mit den Ursachen für die Gegenwarts-Phänomene in Italien aus und welche Zukunftsperspektiven lassen sich daraus ableiten?

**Thomas Schlemmer:** Vielleicht haben wir das auch deswegen ein wenig stiefmütterlich behandelt, weil man da natürlich relativ weit in die jeweilige nationale Geschichte zurückgreifen muss, und deswegen werde ich versuchen, die Ursachen mit ein paar Stichworten zu umreißen. Die traditionelle Spaltung Italiens spielt sicher eine Rolle: in Nord und Süd, in arm und reich, in gebildet und ungebildet sowie in Zentrum und Peripherie. Aus dieser traditionellen Spaltung des Landes ergibt sich ein Anti-Intellektualismus, an den Populisten anknüpfen können und eben auch eine Eliten-Skepsis bis hin zu einer Eliten-Ablehnung, verbunden mit einer Kritik an Institutionen, die man als dysfunktional betrachtet. Wenn man sich das Institutionenvertrauen in Italien anhand des Eurobarometers vom Herbst 2018 ansieht, vertrauen immerhin noch 28 Prozent der Befragten der italienischen Regierung, 27 Prozent der Befragten dem Parlament, aber nur noch 14 Prozent der Befragten den politischen Parteien. Und da kann man sich vorstellen, wie volatil die Wählerschaft ist und wie schwierig es

ist, einen demokratischen Diskurs zu führen, wenn dessen Repräsentanten letztlich als Kleptokraten, Diebe und Räuber verschrien sind.

Vielleicht noch ein Punkt zur Deindustrialisierung, der mir ganz entscheidend zu sein scheint. Die Deindustrialisierung kann man auch in Italien seit den 1980er Jahren erkennen, wenn man nur ein paar Namen in die Debatte wirft wie Olivetti oder wie Parmalat. Das waren Konzerne von durchaus europäischer Bedeutung, von denen vergleichsweise wenig übriggeblieben ist. Fiat – heute Fiat Chrysler Automobiles – operiert von Amsterdam und London aus, mit entsprechenden Folgen für den Standort Italien. Eine industrie- und strukturpolitische Gegenstrategie der italienischen Regierung, beispielsweise im Sinn der Förderung von Forschung und Entwicklung, lässt sich nicht feststellen. Im Gegenteil: Die Ausgaben für die Universitäten werden seit Jahren zurückgefahren.

**Andreas Wirsching:** Thomas, vielen Dank. Du sprichst von Spaltungen des Landes. Im französischen Fall kann man sich natürlich fragen, ob das nicht im Grunde traditionelle Spaltungen sind, die eine sehr lange Geschichte haben. Und Du, Stefan, hast darauf hingewiesen, dass wir es in Frankreich natürlich nicht mit völlig neuen Phänomenen zu tun haben. Sind es Spaltungen, die vielleicht auch durch akzidentelle Ursachen – die Industrialisierung wäre vielleicht eine davon – verschärft, pervertiert, geradezu zugespitzt worden sind? Oder wie würdest Du es einschätzen für Frankreich?

**Stefan Grüner:** Ich würde drei Gruppen von Ursachen benennen wollen. Da ist der schon genannte sozialökonomische Strukturwandel, der als gemeineuropäisches oder sogar globales Phänomen zu bezeichnen ist, aber in Frankreich natürlich seine spezifische Ausformung erhalten hat. Dank Ronja Kempin kenne ich die neuesten Statistiken und weiß, dass alleine in den letzten 15 Jahren in Frankreich circa 1,4 Millionen Arbeitsplätze in der Industrie und der

Landwirtschaft verloren gegangen sind. Das sind dramatische Zahlen, die für Deutschland so kein Pendant haben. Die Arbeitslosigkeit war in Frankreich in den letzten Jahren deutlich höher als hierzulande und ist kaum je unter zehn Prozent gesunken. Sie hat vor allem junge Menschen betroffen. Hinzu kommen Ungleichgewichte zwischen Stadt und Land, die in Frankreich Tradition haben. „Paris et le désert français“ – „Paris und die französische Wüste“, so lautet der Titel eines seit den 1950er Jahren in Frankreich zeitweise breit rezipierten, provozierenden Buchs. In den 1980er Jahren hat man versucht, durch die Décentralisation, die Dezentralisierung des politischen Prozesses, und bestimmte Formen von Strukturpolitik in der Region entgegenzusteuern, aber man muss doch sagen, dass es in mancher Hinsicht bei Ansätzen geblieben ist. Frau Prutsch hat mir vor wenigen Minuten von ihren Erfahrungen an einer Universität in der französischen Provinz erzählt. Das Bildungswesen bietet nur eine Beispielsebene für die vielfach zu beobachtenden Defizite an Infrastruktur außerhalb von Paris und außerhalb der großen Städte wie Lyon und Bordeaux. Das ist das eine große Element.

Das zweite könnte man vielleicht als Gefährdungswahrnehmung umschreiben. Die Beschäftigung mit Zuwanderung hat in Frankreich eine lange Tradition, und es war die Linke, die sich in den frühen 1960er Jahren zum ersten Mal damit beschäftigt hat. Aber das Thema ist fast vollständig in die Hände der Rechten und der extremen Rechten übergegangen. Ich brauche nicht daran zu erinnern, dass der Islam und die Menschen aus dessen Kulturkreis in Frankreich seit langem, seit dem 19. Jahrhundert, sehr präsent sind. Das ist eine Tatsache. Aber vor allem nach den furchtbaren Attentaten vom Januar und November 2015 hat sich die Gefährdungswahrnehmung, die man mit dem Islam und dem islamistischen Terror verbindet, in einem Maße verschärft, dass eine eigene Dynamik daraus entstanden ist.

Ein dritter, mindestens ebenso komplexer Punkt lautet: Wir finden in Frankreichs Bevölkerung eine relativ ausgeprägte Parteienferne. Französinnen und Franzosen lassen sich sehr viel weniger durch Parteien vergesellschaften, als wir das in Deutschland gewohnt sind. Das hat etwas mit dem traditionell hochgeschätzten Individualismus des Denkens und Handelns in Frankreich zu tun, mit der starken Betonung des Intellektuellen und seiner Unabhängigkeit, aber auch mit einer massiv angewachsenen Kritik an der *Classe Politique*. Schon der Begriff der „politischen Klasse“ ist im Grunde ein provozierender, herabwürdigender Begriff, und ich kenne, dank Ronja Kempin, wiederum die neuesten Statistiken. Diese sagen uns, dass der Anteil der französischen Bürgerinnen und Bürger, die kein Vertrauen in ihre Regierung haben, laut Umfragen in den letzten Jahren von 57 Prozent auf etwas über 80 Prozent angewachsen ist. Das Vertrauen in die etablierte „politische Klasse“, Krisen zu überwinden, geht offenbar zurück.

**Andreas Wirsching:** Frau Prutsch, darf ich vielleicht Ihr Statement mit einer kurzen Eingangsfrage verbinden, die mir jetzt gerade gekommen ist? Es ist das Thema Einwanderung und Flüchtlinge. Es ist interessant, dass sich jetzt in Europa diese Thematik sehr stark auf die neue islamische Präsenz und auf den Islam als Feindbild konzentriert. Eine Islamophobie ist bei den Parteien, über die wir reden, festzustellen. In den USA ist der Islam auch präsent, aber er ist nicht das dominante Thema. Trotzdem hat man bei den Tendenzen, die Sie eben beschrieben haben doch den Eindruck, dass jede Bewegung – in dem Fall Trump und sein Gefolge – sich ihr Einwanderungsthema sucht. Die Mexikaner sind ja sozusagen gute katholische Christen, aber stigmatisiert werden sie eben doch als die anderen, als Latinos und so weiter. Vielleicht können Sie das Thema Einwanderung für die USA auch noch mal kurz unter dem Aspekt der Ursachen adressieren, weil wir es da auch mit einem Freund-Feind-Thema zu tun haben,



einem Ausschluss-Thema. Und dennoch ist es irgendwie ganz anders als in Europa, oder?

**Ursula Prutsch:** Vielen Dank, diese Frage beantworte ich gerne und stelle die Deindustrialisierung zunächst hinten an. Wie Sie gemerkt haben, hat der Wahlkampf begonnen, und in den letzten Tagen hat eine Nachricht die andere gejagt. Nicht nur über den Zustand dieser Flüchtlingslager, *Internment Camps* oder Auffanglager wurde debattiert, in denen sich Familien aus Zentralamerika befinden, die sich in die USA niederlassen wollen. An dieser Debatte wurde deutlich, welche zentrale Rolle die Angst vor Immigranten in der Rhetorik der Republikaner, vor allem aber der Donald Trumps spielt.

Er hat anfangs im Wahlkampf den Islam als Gefahr in den Mund genommen. Besser funktionierte aber die Rede von den Mexikanern als Bedrohung. Damit verbunden war sein Versuch, diese Mauer zu bauen, die auch eine Metapher darstellt, weil jeder, der sich mit der Mauer oder mit der Grenze beschäftigt, weiß, dass da einfach unmöglich durchgängig eine Mauer zu bauen ist. Aber sogar den nationalen Notstand nimmt Trump dafür in Kauf. Allein in diesem Jahr sind bislang über 300.000 Familien vor allem aus Zentralamerika in die USA gekommen. Damit Politik zu machen funktioniert gut. Es geht ja nicht in dem Sinn ausschließlich um Mexikanerinnen und Mexikaner, sondern insgesamt um Zentralamerikanerinnen und Zentralamerikaner, vor allem aus Honduras, Guatemala und El Salvador. Interessant ist, dass die USA dort vor allem in den letzten Jahren einiges gemacht hat, um die Lage zu destabilisieren. Damit schafft sie sich ihre eigenen Migranten und Flüchtlinge.

Wie drastisch sich die Vorstellung der USA als Einwanderungs- beziehungsweise Flüchtlings-Asyl-Land geändert hat, ist in den letzten Monaten deutlich geworden. Donald Trump und die Republikaner wollen jetzt auch nicht mehr „häusliche“ Gewalt in Zentralamerika und den Terror durch Gangs als

Fluchtursache akzeptieren. Das heißt, dass die Vorstellung der USA als Asylland zerstört wurde während die Regierung Trump gleichzeitig versuchte, die Grenzen möglichst dicht zu machen. Wobei das ja nicht unbedingt nur eine Politik von Donald Trump ist. In dem Moment, als Bill Clinton mit dem mexikanischen Präsidenten Carlos Salinas de Gortari 1992 das Nordamerikanische Freihandelsabkommen NAFTA unterzeichnete, das 1994 in Kraft trat, waren die Grenzen für Güter offen. Aber da initiierte die Regierung Clinton eine starke Anti-Migrationspolitik. Sie erließ Gesetze zur Errichtung von Mauern oder Zäunen, und Bill Clinton hat nicht wenige Immigranten deportieren lassen.

Momentan spricht man von etwa elf Millionen, die illegal im Land sind, und Donald Trump betreibt da eine sehr harte Politik. Übrigens hat jeder Präsident seit 1994, auch Barack Obama, deportiert. Im Kontext der Politik heißt das *Removal*. Clinton, George W. Bush, Obama und jetzt Donald Trump. Was ist so anders? Obama ließ vor allem undokumentierte Migranten zurückschicken, die in irgendeiner Form eine Straftat begangen haben oder ohne Führerschein Auto fahren. Und jetzt Donald Trump? Für den Wahlkampf 2020 macht er richtige Razzien, und es ist ihm egal, ob das Migranten sind, die ohne Dokumente schon 20 Jahre im Land leben, oder Menschen, die vor kurzem kamen. In dem Sinn wird sozusagen das Feindbild Zentralamerikaner und Mexikaner ganz massiv genutzt

**Andreas Wirsching:** Diese Feindbild-Konstruktionen sind ganz evident ein essentielles Merkmal politischen Extremismus – übrigens nicht nur in der Gegenwart, sondern auch historisch betrachtet. Populistische Akteure haben ihre Überzeugung ja nicht einfach so aus sich selbst heraus gewonnen, sondern sie knüpfen an empirisch erfahrbare und benennbare Realitäten an. Ich glaube, dass das Thema der offenen oder eben halboffenen Grenze einen ganz wichtigen Punkt darstellt. Und da komme ich nochmal auf Ihren Punkt zurück, Frau

Prutsch. Spielen diese Reaktionen auf ein neoliberales oder möglicherweise auch liberal-globales Modell nicht doch eine wichtige Rolle? Zygmunt Bauman hat diesen, wie ich finde, ziemlich sprechenden und auch eleganten Begriff der flüssigen Moderne geprägt. Das kann man mit Globalisierung übersetzen, wenn man will. Zwar brauchen wir uns an den Begriffen, glaube ich, nicht weiter abzuarbeiten. Aber es ist ja schon eine Tatsache, dass vor allem seit den 1980er Jahren (teilweise auch schon 1970er Jahren) in Bezug auf die sogenannte Verflüssigung von Grenzen in Europa sehr viel in Bewegung geraten ist; über den amerikanischen Raum haben Sie gerade entsprechend gesprochen. Und das hat sich in den 1990er und 2000er Jahren massiv dynamisiert. Menschen sind global noch sehr viel stärker in Bewegung gekommen, als es zuvor der Fall war. Dazu kommt eine Kommunikationsrevolution, die wir tagtäglich auf der Straße beobachten können. Das gehört auch zu dieser Geschichte, glaube ich. Deswegen die Frage an Thomas Schlemmer, ohne in eine Begriffs-Debatte zu kommen: Kann man in Bezug auf den Globalisierungsaspekt für Italien festhalten, dass diese Konfrontation mit einer Verflüssigung bekannter Grenzen Gegenreaktionen auch jenseits der charismatischen Führer oder Parteien provoziert hat und damit eine Welle erzeugt hat, auf der eben diese Salvinis, und wie sie alle heißen, schwimmen?

**Thomas Schlemmer:** Vielleicht hilft es, sich zuerst in Erinnerung zu rufen, dass Italien eine sehr lange Tradition als Migrationsgesellschaft hat, aber als Auswanderer-Gesellschaft. Italien gehört zu den europäischen Nationen, die die meisten Auswanderer nach Übersee exportiert haben. Italien entwickelte sich eigentlich erst seit dem letzten Drittel des 20. Jahrhunderts zu einer Einwanderungsgesellschaft. So gesehen ist Italien ein *Newcomer*. Das traf mit dem Ende des Zweiten italienischen Wirtschaftswunders zusammen, dem *Miracolo Economico* der 1980er Jahre, das Italien erst einmal große Chancen

eröffnet hat. Aus den wirtschaftlichen Möglichkeiten, die die Globalisierung auch Italien eröffnet hat – man sieht es vor allem in bestimmten Regionen Norditaliens – wurde politisch jedoch vergleichsweise wenig gemacht. Dieser Moment ökonomischer Chancen war dann spätestens mit der Finanzkrise vorbei, und es verbanden sich drei Problemkreise: der Problemkreis der ökonomischen Krise bei hoher Staatsverschuldung, der Problemkreis der Einwanderung bei drittens fehlender Politik einer Integration der Migranten.

Jeder, der in die Nähe italienischer Großstädte kommt und aus den Touristenzentren heraus an die Peripherie fährt, kann das sehen; das reicht bis zu illegalen Hütten- und Zeltsiedlungen, um die sich niemand kümmert. Das wiederum schafft rechtsfreie Zonen, die es Salvini ermöglichen, mit der Planierraupe zu drohen und solche Nomaden-Dörfer, wie sie genannt werden, schlechterdings platt zu machen und damit auch einer neuen Form sozialer Gewalt in der Gesellschaft das Wort zu reden. Hier eröffnen sich Räume von Gewalt, aus denen sich der Staat bewusst zurückzieht, um bestimmten Teilen der eigenen Gesellschaft die Regelungskompetenz zu überlassen.

**Andreas Wirsching:** Ich würde vielleicht gerne auf künftige Perspektiven übergehen, obwohl wir als Historiker ja da bekannte Schwierigkeiten haben. Ich glaube trotzdem, dass uns das Thema in der Gegenwart beschäftigt und deswegen auch für die Zukunft entscheidend sein wird, und ich verbinde es jetzt noch mal mit einer Frage zu dem *Rassemblement National*. Was Du, Stefan geschildert hast, ist ein sozial komplexes Ineinandergreifen von benennbaren Kontinuitäten. Diese könnte man auch verwenden, um das Ganze zu entdramatisieren, nach dem Motto: Das ist eben die neue Form eines klassischen Antirepublikanismus, der versucht, in den republikanischen Diskurs hineinzukommen. Dieses Narrativ kennen wir aus der Zwischenkriegszeit. Aber man kann natürlich auch darüber spekulieren, wie sich durch veränderte

Strategien und taktische Elemente die gesamte politische Kultur und damit die politische Willensbildung massiv nach rechts verschoben hat. Wie würdest Du das denn nach deiner Kenntnis einschätzen? Das Parteiensystem in Frankreich ist doch durch die letzten Wahlen quasi hinweggefegt worden. Daraus stellt sich für mich in Bezug auf Frankreich die Frage nach der Zukunft. Wie würdest Du in dieser Hinsicht eine Prognose wagen? Findet eine Transformation im Hinblick auf eine gewissermaßen normale republikanische, rechtsbürgerliche Partei statt oder verschiebt sich das Koordinatensystem möglicherweise ganz generell, wovon wir ja alle etwas Furcht haben.

**Stefan Grüner:** Ich hebe mir meine Ideen zur Verflüssigung der Grenzen in Frankreich für später auf, um zunächst auf Zukunftsprognosen zu antworten, obwohl Historiker natürlich gegenüber dieser Art von Fragen ein wenig allergisch sind. Ich würde nicht von einem Auseinanderspüren des Parteiensystems in Frankreich sprechen, sondern die Grundlage anders definieren. Wenn wir uns die Geschichte der Parteienfamilien („Parteiensystem“ ist ein deutscher Ausdruck) in Frankreich anschauen, dann haben wir so etwa bis Ende der 1970er Jahre die *Quadrille Bipolaire*, also ein Viersystem, das sich in zwei Blöcken gegenübersteht: die Sozialisten und die Kommunisten auf der einen Seite sowie die Gaullisten und die gemäßigten Rechten, die Liberalen, auf der anderen Seite. Das wird zu Beginn der 1980er Jahre erweitert; differenziert zur Linken durch die Grünen und zur Rechten durch den *Front National*. Das ist die große Entwicklung, und ich denke, dass diese weiterhin mit der wichtigen Ausnahme existiert, dass die Sozialistische Partei bei den letzten Parlamentswahlen 2017 geradezu pulverisiert wurde. Aber das ist auch für Frankreich nichts völlig Neues, wenn wir uns die späten 1960er, frühen 1970er anschauen. Ich würde nicht ausschließen, dass sich der Sozialismus erholen und in Zukunft wieder mehr als nur an die 30 Abgeordnete haben wird. Die Geschichte des französischen

Parteiensystems ist eine Geschichte von Auflösungen, Neugründungen, Spaltungen und Neu-Formationen, und zwar eigentlich in allen Parteienfamilien. Die Frage ist nun, was passiert durch das Auftreten von Marine Le Pen? Wird das System gesprengt? Und wird Le Pen den Weg zur Macht erobern können?

Ich glaube, dass man den Blick auf zwei Dinge richten muss. Zum einen ist das die politische Kultur Frankreichs, zum anderen das Mehrheitswahlrecht. Ich bin ein großer Fan des absoluten Mehrheitswahlrechts auf nationaler Ebene in Frankreich geworden. In Fachtermini ausgedrückt, haben wir es hier mit dem *Scrutin uninominal majoritaire à deux tours* zu tun. Was heißt das? Was für uns Deutsche vollkommen fremd ist, bedeutet letztlich, dass wir es mit einem Mehrheitswahlsystem zu tun haben, das sich in einem Ein-Personen-Wahlkreis in zwei Wahlgängen abspielt. Dieses Mehrheitswahlrecht wird für die Wahlen zur Nationalversammlung und für die Wahl des Präsidenten (oder der Präsidentin) angewendet. Die Folge dieses Systems, das 1958 eingeführt wurde, ist die Benachteiligung kleiner Parteien und derjenigen, die sich isolieren oder sich als systemfeindlich gerieren. Und das war jahrzehntelang nicht nur die Situation der Grünen, *Les Verts*, die jetzt eine neue Taktik fahren, sondern es war und ist vor allem auch die Situation des *Front National*. Solange das Mehrheitswahlrecht nicht gekippt werden kann – so meine These –, wird es für Marine Le Pen schwierig sein, auf nationaler Ebene in die Nähe der Macht zu gelangen. Der *Front National* verfügt heute in der *Assemblée Nationale* über acht Sitze. In den letzten 47 Jahren seit Gründung der Partei waren es dort nur einmal mehr: Im Jahr 1986 hatte François Mitterrand das Verhältniswahlrecht eingeführt, um seinen gaullistischen Gegnern zu schaden. Das Ergebnis war, dass er den Gaullisten ein wenig geschadet und die Rechtsextremen in die Nationalversammlung bekommen hat: 35 Sitze des *Front National* im Jahr 1986, das war bisher das Maximum. So viel hat man dort nie wieder erreicht. Diese

Barriere des Mehrheitswahlrechts, glaube ich, wird in Zukunft noch halten. Gefährlich wird es erst dann, wenn die *Barrage* fällt und die Nationalversammlung in sehr viel höherem Maße als bisher durch das *Rassemblement National* beeinflusst werden wird. Es ist kein Zufall, dass man auf Europawahl-Ebene die eingangs benannten Zugewinne seitens des ehemaligen *Front National* verzeichnen konnte. Warum? Dort gilt das Verhältniswahlrecht.

**Andreas Wirsching:** Vielleicht kann man einen ergänzenden Aspekt bringen, der den großen Unterschied zu Großbritannien ausmacht. Hier hat man eben kein Mehrheitswahlrecht *à deux tours*, sondern es kann einem Abgeordneten mit 30 Prozent gelingen, gegebenenfalls in das Unterhaus einzuziehen. Die Debatte um das richtige Wahlrecht zur Verhinderung der falschen politischen Kräfte haben wir in der Retrospektive auch intensiv mit der Weimarer Republik gehabt. Das ist ein spannendes Thema, auf das wir vielleicht ja auch noch in der Diskussion eingehen können. Bevor wir die Diskussion eröffnen würde ich vorschlagen, dass wir Frau Prutsch noch mal das Wort geben, um uns ein bisschen Hoffnung zu machen, dass Donald Trump abgewählt wird und dann alles wieder so wie vorher ist. Oder einfach: Was erwarten Sie für die USA?

**Ursula Prutsch:** Ich fühle mich fast wie in einer brasilianischen Telenovela, bei der es am Ende immer auch noch einen positiven Aspekt gibt, bevor die Leute schlafen gehen. Es ist einfacher mit der Parteienlandschaft in den USA, weil es noch immer dominant die beiden großen Parteien gibt und sich dritte Parteien nie ernsthaft durchgesetzt haben. Es gab einmal George Wallace mit seiner *Independent Party*, mit der er einmal relativ viele Wählerstimmen bekommen hat. Daneben gab es die Populisten im späten 19. Jahrhundert. Aber letztlich haben es immer wieder die großen Parteien geschafft, die Themen dieser kleineren Parteien zu übernehmen oder zu zerstören. Das Wählerverhalten ist

noch immer (zumindest war es das noch 2016) so, dass über 80 Prozent derjenigen, die sich als Demokraten fühlen, die demokratische Partei wählen, und die Republikaner eben die Ihren. Wichtig ist auf jeden Fall, dass sich bei der Wahl 2020 möglichst viele Wählerinnen und Wähler registrieren und zur Wahl gehen. Die Wahlbeteiligung beim letzten Mal war 46 Prozent. Das ist äußerst gering, und man darf auch nicht vergessen, dass der Präsident beziehungsweise die Präsidentin nicht direkt gewählt werden. Bei der *Popular Vote* 2016 hat Hillary Clinton gewonnen. Sie lag zwei Prozent vor Trump, und man hat ja bei den *Midterm Elections* schon gesehen, dass durch das Mobilisieren jüngerer Wähler (das haben die Demokraten recht gut gemacht) sich das Wahlverhalten eindeutig gestärkt hat.

Wenn ich jetzt das mit Brasilien vergleiche, ist es faszinierend oder erschütternd zu sehen, wie unglaublich schlecht organisiert US-amerikanische Wahlen im Vergleich zu Brasilien sind, wo elektronisches Wählen selbstverständlich ist und übrigens auch eine Wahlpflicht existiert: Wenn man nicht zur Wahl geht, muss man Strafe zahlen. In den USA ist das äußerst inkompetent gelöst. Wichtig wäre auf jeden Fall zu mobilisieren und zu zeigen, was auf dem Spiel steht. Dann gibt es momentan 23 Kandidaten für die Demokraten. Donald Trump steht quasi als alleiniger Kandidat der Republikaner auf der anderen Seite. Er hat schon mit dem Wahlkampf begonnen, und im Vergleich zu 2016 hat er es geschafft, so ziemlich alle der eigenen Partei hinter sich zu versammeln. Man in den letzten Tagen gemerkt, dass Trump noch so verletzend gegenüber sozialistischen Demokratinnen und Demokraten sein kann – die Partei steht geschlossen hinter ihm. Vor allem auch auf der Ebene der Einzelstaaten hat sich die Republikanische Partei unglaublich gut aufgestellt. Trump wird jetzt wieder möglichst aggressiv twittern und aufhetzen. Gerade wird ein Online-Werbeshop mit allen möglichen Trump-Devotionalien (also Kappen, Gürteln, Badges) eingerichtet. Das Motto ist



ja „Keep America great“ und es wird dann auch darauf ankommen, in dieser doch sehr vielschichtigen Demokratischen Partei, in der es die demokratischen Sozialisten um Bernie Sanders oder eher die Gemäßigten gibt, welche Themen man da bespricht. Da stellt sich sicher die Frage der Sozialversicherung, also Obamacare, eine große Rolle. Bernie Sanders möchte ja, dass es keine privaten Kranken- und Sozialversicherungen mehr gibt. Die gemäßigeren Demokraten würde diese Forderung dann eher vor den Kopf stoßen.

Ein anderes Thema ist sicher auch die Frage nach den vielen Illegalen, den *Undocumented Migrants*. Sollen die legalisiert werden oder nicht? Da gibt es auch in der demokratischen Partei unterschiedliche Meinungen. Bernie Sanders und Elisabeth Morgan sind für die Legalisierung. Die anderen sind vorsichtig, weil sie 60 Millionen Latinos (die meisten sind legal ins Land gekommen) ausreichend finden. Wenn man sagt, man legalisiert alle, dann könnte das wieder eine Strategie mit negativen Folgen sein. Noch ist noch keine präzise Prognose möglich, aber es wird sicher davon abhängen, ob der Kandidat oder die Kandidatin auch angriffslustig, firm und geradlinig genug ist, um einem Kommunikationstalent wie Donald Trump die Stirn zu bieten.

**Andreas Wirsching:** Eine kurze Rückfrage noch, weil Sie über die Republikaner gesprochen haben. Für mich als ein etwas entfernteren Beobachter war das schon ein atemberaubend faszinierender Vorgang, wie Donald Trump die Republikaner im Grunde gekapert hat. Das ist doch, wenn ich richtig sehe, nur durch bestimmte, drastische Dekompositionerscheinungen bei den Republikanern erklärbar, die dem voraus gegangen sind. Sie haben die *Tea-Party*-Bewegung schon erwähnt. Aber wenn man sich anschaut, welche unterschiedlichen Tendenzen sich hin zu einem Fundamentalismus (auch christlich geprägter Art), zu einem Ultra-Liberalismus, da vereinigt haben, hat man doch den Eindruck, die Republikaner waren nicht mehr in der Lage, als

Partei wirklich integrativ zu wirken, und die Quittung war bis zu einem gewissen Grad Trump. Würden Sie so etwas unterstreichen?

**Ursula Prutsch:** Auf jeden Fall. Vor allem, weil die republikanische Partei auch versucht hat, eine wichtige Partei an Trumps Seite und gleichzeitig seine eigene Opposition zu sein. Ich denke mir, dass Trump – so wenig wir ihn schätzen – ein ausgezeichneter Entertainer für die Gruppe ist, die er anspricht, und er ist vor allem auch in Gegenden gereist, in die andere nicht reisten. So aggressiv und herabwürdigend er über diejenigen spricht, die er als Feinde wahrnimmt, so hat er es doch geschafft, auch eine Art von Empathie während des Wahlkampfs für bestimmte Gruppen zu erzeugen, wie eben alleinerziehende Mütter, die sich von ihm verstanden fühlten. Ich denke mir, dass er mit *Fox News* und all diesen Medien, die es den Demokraten so schwer gemacht haben, ein gutes Spiel hatte. Dann hat er natürlich diese langen Jahre als Erfinder der Sendung *The Apprentice* und einen unglaublichen Medienstatus.

Aber dann gibt es doch diesen faszinierenden Redestil, bei dem er nicht moralisierend oder paternalistisch spricht, sondern es schafft, einen simplen Dialog mit Wählerinnen oder Wählern zu führen, fast fürsorglich und so, dass er Dinge andeutet und ihnen die Möglichkeit gibt, mitzudenken. Das kann man übrigens auch bei Eva Perón schön sehen. Die kreativen Denker sind somit die Wählerinnen und Wähler, durch diese Kommunikationstechnik sind sie als aktive Akteure gefordert, und das ist schon sehr trickreich. Nur Hetze allein macht es nicht aus.

**Andreas Wirsching:** Herzlichen Dank an das Podium.